

DIE LINKE.

**Gruppe
Grüne/Linke**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



GRUPPE GRÜNE/LINKE

An den
Landkreis Harburg
Herrn Landrat Rempe
Schloßplatz 6
21423 Winsen

Landkreis Harburg
Der Landrat

20. DEZ. 2020

Eingegangen

Reinhard Riepshoff

Kallmoor 6
21258 Heidenau
Tel: 04182 4550
riepshoff@gmx.eu

Heidenau 04.12.2020

**Einrichtung eines zusätzlichen Ausschusses im Kreistag mit der Bezeichnung:
Begleitausschuss zur Endlagersuche**

**Antrag der Gruppe GRÜNE / LINKE
zur Beratung im Kreisausschuss und Kreistag**

Sehr geehrter Herr Rempe,
die Gruppe Bündnis 90 die Grünen – Die Linke beantragt einen neuen Fachausschuss des Kreistages nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) mit der Bezeichnung „Begleitausschuss zur Endlagersuche“ zu bilden. Der Ausschuss soll aus 13 beratenden Kreistagsmitgliedern und bis zu vier beratenden Mitgliedern bestehen.

Aufgabe des Ausschusses ist, die neu begonnene Suche nach einem Endlager für Atommüll inhaltlich zu begleiten. Die Bevölkerung über den Verlauf und Inhalt des Verfahrens zu informieren und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung schaffen und begleiten. Der weitere Weg der Arbeit des Ausschusses sollte innerhalb des Gremiums festgelegt werden, sobald er konstituiert ist.

Sachstand;

Der Bund hat ein Verfahren für eine neue Endlagersuche für Atommüll gestartet. In einer ersten Phase wurden harte geologische beziehungsweise geografische Daten abgefragt und ausgewertet. Der Landkreis Harburg ist mit einigen Teilbereichen innerhalb des Kreisgebietes „dabei“ und einige Teilbereiche anderer Landkreise grenzen unmittelbar an.

In der nächsten Phase werden die Gebiete weiter eingegrenzt. Dies wird anhand eher geografischer, raumordnerischer oder volkswirtschaftlicher Aspekte geschehen. Diese Aspekte müssen festgelegt und gewichtet werden. Dieser Vorgang ist nicht so eindeutig wie die Methode in der ersten Phase. Deshalb ist es besonders wichtig, den Prozess aufmerksam zu verfolgen.

Nach Vorstellung der ersten Phase der Endlagersuche ist im Landkreis von vielen Bürgerinnen und Bürgern der Wunsch geäußert worden, das Verfahren zu begleiten. Die Begleitung sollte bevorzugt mit Einrichtung eines Fachausschusses gegangen werden, der öffentlich tagen und der auch der Allgemeinheit Gelegenheit zur Mitwirkung einräumen kann.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Riepshoff